

Hohenstein-Ernstthal-Tagblatt

Amtsblatt

Anzeiger



für
das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gersdorf, Verusdorf,
Reinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenschürsdorf, Grumbach, Zirsch-
heim, Ruffsnappel, Wilsdorf, Grünau, Mittelbach, Urprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach,
Pleißa, Ruffsdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger
das Vierteljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher
Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen,
auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Ar. 55.

Geschäftsstelle
Schulstraße Nr. 31.

Mittwoch, den 9. März 1910.

Brief- und Telegramm-Adresse
Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal

60. Jahrg.

Die königliche Kreishauptmannschaft Chemnitz hat den **ordentlichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner** für den Bezirk Hohenstein-Ernstthal wie folgt festgestellt:
für erwachsene männliche Arbeiter: 2,50 M.
" weibliche " : 1,50 "
" jugendliche männliche " : 1,25 "
" weibliche " : 1,00 "
Diese neuen Sätze treten am **1. September 1910** in Kraft.
Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 4. März 1910.

Balkanfeuer.

Der König Ferdinand von Bulgarien ist der geriebene Staatsmann von Europa. Das ist sicher. Freilich kann man die Mittel, die er bei seiner Politik gebraucht, nicht gesondert finden, aber wenn sie auch nicht schön sind, so sind sie doch für ihn immer vorzuziehen gewesen. Seine Hauptstütze besteht darin, daß er sein Schicksal stets an fremden Feuern zu lassen weiß. Er hat sich durch sein Hin- und Herpendeln zwischen Oesterreich und Rußland schon früher manchen Nutzen zu verschaffen gewußt und ein glänzendes Zeugnis seiner Schlaueit war die Art, wie er es verstand, die Unabhängigkeit Bulgariens durchzusetzen, während Oesterreich ihm dabei durch die bösnische Anexion gewissermaßen die spanische Wand abgab. König Ferdinand war da geschickter als der Graf Khevenhuller, und auch billiger war seine Arbeit.

Seit nachdem er so die österreichische Politik seinen Zwecken dienbar gemacht und den erwünschten Erfolg erzielt hatte, tat er alles, um das russische Vordringen, das sehr bestimmt war, weil es glaubte, Ferdinand habe sich in Oesterreichs Arme geworfen, zu verhindern. Und das Glück scheint auch da dem schlaunen Koberger hold zu sein, denn sein Besuch in Petersburg erfolgte unter verschiedenen Auszeichnungen, die darauf schließen lassen, daß die Dürfte zwischen Petersburg und Sofia wieder gut gestickt sind und zur Uebermittlung sehr vertraulicher und wichtiger Dinge benützt werden.

Diese Dinge scheinen vor allem in der Ausbeutung der Situation am Balkan zugunsten Bulgariens zu bestehen. Diesmal soll Griechenland dem König Ferdinand die Kasernen aus dem Feuer holen, während Rußland sich um das dabei bestehende. Wenn es gelingt, die Griechen in einen Krieg mit der Türkei zu ziehen, können die Bulgaren den Türken in den Rücken fallen und Rußland wird durch einige "friedliche" Bewegungen in Asien schon dafür sorgen, daß starke türkische Truppenteile in Kleinasien festgehalten und nicht in der europäischen Türkei gegen Griechenland oder Bulgarien verwendet werden können.

Der ganze Gang der gegenwärtigen Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkanhalbinsel zeigt von dem Bestreben Rußlands und Bulgariens, um jeden Preis die Osmanen aus Europa hinaus zu werfen, um ihre eigene Herrschaft auf den Trümmern der Vormacht der Moslems aufzurichten zu können.

Diese Ziele stehen aber im Widerspruch mit den Interessen der übrigen Großmächte. Daß Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich ein großes Gewicht auf den Weiterbestand der Türkei legen, geht aus der Kundgebung hervor, die erst kürzlich, aus Anlaß der Zusammenkunft des Grafen Khevenhuller mit dem deutschen Reichskanzler, erfolgte und die das Wohlwollen betonte, mit welchem diese beiden Mächte eine Konsolidierung der Türkei begrüßen. Italien kann ein Erstarrtes Rußlands und Bulgariens am Balkan nicht wünschen, weil es Hoffnungen auf Albanien hegt und es muß der Gefahr eines Abkommens zwischen Rußland und England mit allen Mitteln vorbeugen suchen, wenn sich dieses Abkommen auf die Dardanellen und Streta bezieht, was ja bei den bekannten Absichten Englands auf Streta nicht im Bereiche der Unmöglichkeit liegt. Streta liegt jedoch in der Einflußsphäre Italiens und auch Frankreich kann es mit Rücksicht auf seine Bestrebungen am Mittelmeer nicht gleichgültig sein, wenn der englisch-russische Einfluß noch größere Dimensionen annimmt, als er bisher ohnehin schon ist.

Man sieht also, daß jedes, anscheinend noch so harmlose Ansetzen der Balkanfragen einen ganzen Ketteneffekt von internationalen Fragen im Gefolge hat und daß die Zünneleien im Weltwinkel Europas stets eine Bedrohung des Weltfriedens bedeuten. Dadurch ist den fünf — und besonders kulturell — höchst unbedeutenden Balkanstaaten eine Rolle in der internationalen

Politik zugefallen, die ihnen nicht gebührt, der sie in keiner Weise gewachsen sind und mit der sie im Bewußtsein ihrer Verantwortungslosigkeit — da ihnen, wenns Schief geht, immer jemand zur Hilfe kommt — spielen, wie kleine Kinder mit einem Schießgewehr. Europa muß in steter Sorge jedem Frühjahr entgegenblicken, denn am diese Zeit wird da unten immer lebendig, die Säbel sitzen lose in ihren Scheiden und die Gewehre geben allzuleicht los. Europa bedarf eines Staatsmannes, der mit eiserner Faust diesen politischen Fragen da unten Ration beibringt und ihnen für immer die Luft benimmt, den großen Nachbarn durch das Einschlagen der Fenster die Ruhe zu rauben.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser bei der Wilhelmshavener Rekrutenvereidigung.
Der Kaiser traf nebst Gefolge gestern um 11 Uhr 50 Min. in Wilhelmshaven am festlich geschmückten Bahnhof ein. Auf dem Flaggenschiff "Deutschland" ging die Kaiserfamilie hoch, begrüßt von der Salubatterie des Forts Heppens. Am Bahnhof fand kein Empfang statt. Nach kurzer Begrüßung begab sich der Kaiser nebst dem Prinzen Heinrich und Gefolge im Automobil durch die Straßen der Stadt, durch Hochschule von Spalier bildenden Truppen und Schülern begrüßt, zum Exercierplatz der 2. Matrosen-Division zur Vereidigung von etwa 1000 Marinerekruten. Vor der Vereidigung hielt Konfistorialrat Schorn und Stationspater Erdmann Ansprachen; darauf nahm Oberleutnant Sittendorf die Vereidigung vor. Anschließend hielt der Kaiser eine kurze Ansprache an die Rekruten, in der er sie zur Treue und zu guter Führung im Auslande ermahnte. Nach Vereidigung des Festattes fand um 1 Uhr Frühstück im Offizierskaffee statt. Von dort fuhr der Kaiser zur evangelischen Garnisonkirche, besichtigte diese und hörte einige Worte des Garnisonchors. Dann begab er sich an Bord des Linienkessels "Deutschland". Das Wetter ist herrlich; Häuser und Schiffe sind mit Flaggen geschmückt.

Auf der Reise nach Wilhelmshaven hat Kaiser Wilhelm, wie bereits angekündigt, in Oldenburg zu einem Besuch des großherzoglichen Hofes kurzen Aufenthalt genommen. Er fuhr mit dem Großherzog und dem Erbprinzen im Automobil zum Elisabeth-Anna-Palais, um dort einen Imbiss einzunehmen. Die Truppen bildeten Spalier, und die in den Straßen angesammelte Masse begrüßte den Kaiser mit lebhaften Zurufen. Um 10 Uhr 37 Minuten verließ der kaiserliche Hofsonderzug den Oldenburger Bahnhof.

Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung über den Bau eines Reichsmarineamts, für den als erste Rate 750 000 Mark regierungsseitig als erforderlich bezeichnet worden. Staatssekretär v. Tirpitz begründete die Dringlichkeit einer solchen Nachforderung mit der Erklärung, es sei für eine rationelle Arbeit unbedingt nötig, die auf mehreren Stellen verzeitelten Arbeitszimmer in ein Gebäude zusammenzuführen. Auf Vorschlag eines Redners der Reformpartei soll ein gemeinschaftlicher, den Regierungsvorschlägen folgender Antrag zur Regelung dieser Frage im Plenum eingebracht werden, damit ohne Nachtragsetat die Erledigung erfolgen kann. Hierauf wurde die Beratung des Postetats fortgesetzt. Die Frage der Personalreform wurde zurückgestellt. Die weitere Erörterung drehte sich zum Teil über etatsrechtliche Fragen, die Kosten der Schneebälle, die Entlassung von Arbeitern. Der Staatssekretär erklärte, Abreiterentlassungen seien nicht zu vermeiden, das Gros gehöre jüngeren Jahrgängen an. Die Anrechnung der Dienstzeit der Telegraphenarbeiter bei ihrer Anstellung als Beamte unterliege noch der Erörterung. Der Privatindustrie gegenüber sei die Reichstelegraphen-Verwaltung viel entgegenkommender als andere Verwaltungen. Die Gehälter für Bedienung von Nebenanschlüssen seien nicht nachgezogen. Da die Frage der Fernsprechergehälter schwebend, habe man die Konsequenzen nicht

gezo-gen. Gegen das Funkprüfungs-system in den Kolonien bestünde das Bedenken, daß es vorgezogene Leute und Maschinen verlange, man könne auch nicht so sicher mit der Zeit rechnen, und man könne es nicht dem Fernsprecher anschließen wie beim Drahttelegraphen. Gerade der Fernsprecher aber werde stark von Eingeborenen benutzt. Die Kamerun- und telegraphieren sei noch nicht möglich; das äußerste sei bei festen Stationen Kap Zeneriffa. Man nahm dann eine Entschleunigung an, die Herstellung der Fernsprechnebenanschlüsse der Privatindustrie zu überlassen. Beim Titel Tagesgelder und Fuhrkosten werden etwa 200 000 M. abgesetzt; der Berichterstatter gab der Meinung der Kommission Ausdruck, daß viel zu viel Verabreichungen stattfinden. Beim Titel für "Amtsbedürfnisse und Drucksachen" wurden weitere 249 000 M., beim Titel zur baulichen Unterhaltung der Gebäude 360 000 M. abgesetzt. Auf einen Hinweis, daß auch die Postnachnahmen auf den Scheideverehr genommen werden sollten, erwiderte der Staatssekretär, was zweckmäßig durch Schatz zu machen sei, müsse nun auch durch ihn erledigt werden. Der Postetat ward erledigt bis auf die Petitionen und die auf die Personalreform bezüglichen Resolutionen.

Auf dem nationalliberalen Parteitag in Chemnitz

wurde in der nichtöffentlichen Vorstandssitzung nach dem offiziellen Bericht einstimmig nachstehende Resolution angenommen: "Der Verbandsschluß des nationalliberalen Landesvereins spricht im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Seyfert der Fraktion seine Zustimmung aus zu ihrer bisherigen Haltung in allen sachlichen Fragen gegenüber der Regierung und den übrigen Parteien und hofft, daß sie durch ein energisches Weiterarbeiten in der gleichen Richtung dem liberalen Gedanken diejenige Geltung verschaffen wird, auf die er Anspruch hat." — Niemand hat sich nicht wieder in den Vorstand des nationalliberalen Landesvereins gewählt worden ist und daß daselbst Schicksal auch der Chemnitzer Rechtsanwält Freigang hatte. Da Banghammer gewissermaßen als Führer des linken Flügels der Nationalliberalen gilt, so wird der Umstand, daß er nicht wiedergewählt wurde, vielleicht von gewisser Seite als eine Niederlage dieses Flügels der Partei gedeutet werden. Ob das allein der Grund war, steht doch wohl sehr dahin. Denn es ist ja bekannt, daß die jetzige so viel Aufsehen erregende Tag-Affäre, in die Banghammer verwickelt ist, erzeugt und daß diese Mißstimmung auch durch den Vergleich, mit dem der Prozeß geendet hat, nicht aus der Welt geschafft worden ist, da dieser Vergleich ja zu neuen öffentlichen Angriffen der Gegenseite auf Banghammer führte. Jedenfalls hat diese Affäre schwer wesentlich dazu mitgewirkt, daß man von einer Wiederwahl Banghammers abläßt.

Der Luftballon „P IV“ unternahm vorgestern nachmittags 6 1/2 Uhr von Bitterfeld aus mit 6 Personen einen Aufstieg. Führer war Oberingenieur Riese. Der Ballon war mit mehreren Hundert elektrischen Glühlampen erleuchtet. Nach einer Reihe wohlgeplanter Versuche mit elektrischen Lichtbildern erfolgte um 6 Uhr 55 Min. die glatte Landung.

Aus dem Auslande.

Sprachenfreit.

Das Kreisgericht in Leitmeritz hat in der Strafsache des Orlsborstehers Stobis in böhmisch-Rupisch gegen die Ausflugs-Epplerer Bahn, die die tschechischen Quittungen Stobis nicht annehmen wollte, entschieden, daß die Ausflugs-Epplerer Eisenbahn verpflichtet sei, tschechische Quittungen anzunehmen.

Der deutsche Marineetat in französischer Beleuchtung.

Der "Temps", das französische Regierungsblatt erörtert die Reichstagsdebatte über den Marineetat und bemerkt u. a.: "Die deutsche Flotte ist rasch hergestellert worden und demzufolge einheitlicher und wahrscheinlicher auch wirksamer als die alten, Kriegskriegsflotten. Die Tatsache, daß sich eine starke deutsche und starke französische Armee gegenüberstehen, hat seit 40 Jahren keineswegs den Ausbruch eines kontinentalen Krieges hervorgerufen. Ebenso hat die Tatsache, daß sich eine mächtige englische und eine ebensolche deutsche Flotte einander gegenüberstehen, notwendigerweise keinen Seekrieg zur Folge

gebrungen. Gegen die Gleichheit der Mittel bildet eher eine Friedensbürgschaft als eine Kriegsgefahr. Der Reichskanzler hat diesbezüglich eine Erklärung abgegeben, deren Fassung ausgezeichnet und ebenso weise wie vorsichtig ist. Die vom Reichskanzler geforderten Verfügungen können ein gut nachbarliches und freundschaftliches Verhältnis sichern." — Das "Journal des Debats" bespricht ebenfalls die Rede des Reichskanzlers und glaubt, Deutschland die Verantwortung dafür zugeschoben zu müssen, daß der Anregung Campbell-Bannermans betreffend die Einschränkung der Flottenrüstung betheiligte Länder keine Folge gegeben wurde.

Die Unterschlagungen in der französischen Marineverwaltung.

Im Laufe der Untersuchung wegen der im Arsenal von Toulon begangenen Unregelmäßigkeiten wurde festgestellt, daß die Lieferanten wiederholt Beamte bestochen hatten, um sich der Zahlung der für verspätete Lieferungen vorgesehenen Konventionalstrafen zu entziehen. In solchen Fällen wurde in den Büchern das Datum der Lieferungslisten gefälscht. — Weiter wird aus Brest gemeldet: Der General-Inspekteur der Marine, Admiral Guimblot, ist gestern hier eingetroffen, um die Verhältnisse des Arsenals zu prüfen, da man Befürchtungen hegt, daß ähnlich wie in Toulon, auch in den Kriegshäfen Frankreichs Betrügereien und Unterschlagungen des Werft- und Arsenal-Personals vorgekommen sind.

Aus Cherbourg wird gemeldet: Im hiesigen Marinehospital wurden seit einiger Zeit Diebstähle von Kleidern und anderen der Marineverwaltung gehörigen Gegenständen bemerkt, ohne daß es bisher gelang, der Diebe habhaft zu werden. Gestern wurden jedoch bei zwei Aufsehern, die den Unrat aus dem Hospital abzuführen hatten, auf Veranlassung des Hospitaldirektors Hausdurchsuchungen veranstaltet, die einen Teil der entwendeten Kleidstückeutage förderten. Die Aufseher wurden verhaftet. Ihre Aussagen führten auf die Spur weiterer Diebe von der Marineverwaltung gehörigen Utensilien. Die Fehler der Diebe sind bekannt. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

England und der deutsche Marineetat.

Die Londoner "Westm. Gaz." schreibt zu der Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage am 5. d. M.: "Verdächtigungen ein Ende zu machen, ist ein sehr erstrebenswertes Ziel. Wir sind überzeugt, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in dieser Hinsicht alles tun wird, was in seiner Macht steht; dagegen bleibt es unsere Pflicht, für den Grad von Sicherheit zu sorgen, der gegenüber dem deutschen Flottenprogramm erforderlich ist. Wir können uns nicht dem Traum hingeben, durch gegenseitige Abmachungen einen Wechsel herbeizuführen, aber wenn höfliche und freundschaftliche Beziehungen während der nächsten Jahre aufrecht erhalten werden können, so dürften wir hoffen, daß der Wettbewerb eingestellt werde, sobald das jetzige Schiffsbauprogramm ausgeführt sein wird."

König Eduard

ist am Sonnabend von London abgereist, um sich über Paris nach Biarritz zu begeben.

Die Jesuiten verlassen Luxemburg.

Das vor 10 Jahren angelegte Jesuitenheime in Luxemburg, dem auch der bekannte Ameisenforscher Vater Wapman angehört, wird für 420 000 M. dem Staate verkauft, der darin eine Handwerkererschule errichtet. Die Jesuiten verlassen das Land am 31. März, wahrscheinlich, um sich an der holländischen Grenze anzufesteln.

Die Verlobung König Manuels von Portugal.

Auch Portugal will nach England heiraten. Ein Londoner Drahtbericht meldet: "Die Verlobung König Manuels mit der Prinzessin Viktoria Patricia von Connaught, der zweiten Tochter des Herzogs Arthur von Connaught, des Bruders König Eduards, wird in kürzester Zeit offiziell bekanntgegeben werden. Der portugiesische Gesandte in London, Marquis de Soveral, der zum Ferientaufenthalt in Spanien weilte, ist nach Biarritz abgereist, wo er mit König Eduard und der Königin Mutter Amalie von Portugal die letzten noch schwebenden Fragen in der Verlobungsangelegenheit besprechen wird." — Die am 17. März 1886 im Buckingham-Palais in London geborene Prinzessin Viktoria Patricia ist um wenige Jahre älter, als der am 15. November 1889 geborene König Manuel. Ihre um vier Jahre ältere Schwester Margarete ist seit fünf Jahren mit dem Kronprinzen von Schweden